

## Feuerwehrdepot soll für «Volg» angepasst werden

**WOLFHALDEN.** Die Volg Detailhandels AG will im frei werdende Feuerwehrdepot in Wolfhalden einen Dorfladen samt integrierter Postagentur führen. Der Gemeinderat hat dem Vertrag zugestimmt, wie er in einer Mitteilung bekanntgibt. Die Vertragsunterzeichnung ist zwischenzeitlich erfolgt. Das am 1. Mai 2016 beginnende Mietverhältnis erstreckt sich auf eine erste feste Vertragsdauer von fünf Jahren mit drei Verlängerungsoptionen für je fünf Jahre.

Für die neue Nutzung sind gewisse Umbauten erforderlich. Detaillierte Kostenberechnungen haben ergeben, dass die notwendigen Investitionen maximal auf 164 000 Franken zu stehen kommen. Die Mieterin ihrerseits investiert in die Ladeneinrichtung eine Summe von rund 410 000 Franken. Die mit dem Mietvertragsabschluss verbundene Zusicherung einer Umbau-Investition in der Höhe von maximal 164 000 Franken kann vom Gemeinderat nicht abschliessend entschieden werden. Gestützt auf die Gemeindeordnung muss der Beschluss dem fakultativen Referendum unterstellt werden. Wenn 30 Stimmberechtigte innert 30 Tagen nach der amtlichen Publikation dies schriftlich verlangen, so ist das Geschäft der Volksabstimmung zu unterbreiten. (gk)

Öffentliche Versammlung am 11. November, 19.30 Uhr, Gemeindsaal «Krone»: Voranschlag 2016 und Projekt «Umbau Feuerwehrdepot in Ladenlokal mit Postagentur» werden vorgestellt.

## Invasive Arten bekämpfen

**INNERRHODEN.** Die Ständekommission begrüsst gemäss einer Mitteilung die Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten. Der Strategieentwurf zeigt Massnahmen auf, mit welchen das Ziel der Eindämmung solcher Fremdarten effizient und wirksam verfolgt werden kann. Im Rahmen dieser Arbeiten wurden auch die bestehenden rechtlichen Grundlagen überprüft und eine Klärung der Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Kantonen vorgenommen. Nach Meinung der Ständekommission sollten aber auch der Verkauf, der Handel und das Inverkehrbringen solcher Arten verboten werden. Die Strategie sei eine gute Grundlage, die aber noch weiter zu entwickeln sei. So fehle insbesondere eine zeitliche, räumliche und artspezifische Priorisierung in der Strategie. (rk)

Anzeige



www.appenzellerzeitung.ch

# «Jetzt muss alles auf den Tisch»

In der Teufner Entschädigungsaffäre spricht nun auch FDP-Co-Präsidentin **Monica Sittaro**. Sie stellt sich hinter Nationalratskandidat Markus Bänziger. Von den FDP-Gemeinderäten sieht sie Oliver Hofmann am stärksten involviert.

JESKO CALDERARA/MICHAEL GENOVA

*Frau Sittaro, die FDP Teufen fordert wegen der Entschädigungsaffäre Gemeinderäte zum Rücktritt auf, nennt aber keine Namen. Welche der vier FDP-Gemeinderäte sind aus Ihrer Sicht betroffen?*

**Monica Sittaro:** Ich vertrete die kantonale FDP, nicht die FDP Teufen. Wer aber die Berichterstattung verfolgt hat und das Umfeld kennt, weiss, dass Markus Bänziger in keiner Art und Weise betroffen ist. Mit Martin Hofstetter und Roger Stutz haben wir zwei FDP-Vertreter, die im Frühjahr neu in den Gemeinderat gewählt wurden. Oliver Hofmann ist sicher am stärksten betroffen.

*Muss Oliver Hofmann zurücktreten?*

**Sittaro:** Es ist wichtig, dass der Gemeinderat diese Angelegenheit sorgfältig aufarbeitet und dass sich alle betroffenen Gemeinderäte überlegen, welche Konsequenzen sie daraus ziehen.

*Laut «Tüüfner Poscht» hat FDP-Gemeinderat Oliver Hofmann der Gemeinde den Besuch der Hochzeitsfeier einer Mitarbeiterin in Rechnung gestellt. Darf man das?*

**Sittaro:** Als Gemeinderat ist man an vielen informellen Anlässen anwesend. Jedes Mal muss man neu prüfen, was Arbeitszeit ist und was nicht. Der Besuch einer Hochzeit ist aus meiner Sicht klar keine Arbeitszeit.

*Warum äussern Sie sich als Kantonalpräsidentin der FDP zu einem Vorfall in einer Gemeinde?*

**Sittaro:** Wir wollen Klarheit schaffen. Markus Bänziger ist zwar Gemeinderat von Teufen, hat aber mit dieser Affäre nachweislich nichts zu tun. Er hat die volle Unterstützung der Geschäftsprüfungskommission und selbstverständlich auch diejenige der FDP Teufen.

*Markus Bänziger ist seit 2012 Präsident der Finanzkommission der*



Bild: Jesko Calderara

«Markus Bänziger hat die volle Unterstützung der Geschäftsprüfungskommission und auch diejenige der FDP Teufen», sagt Monica Sittaro, Co-Präsidentin der Ausserrhoder FDP.

*Gemeinde Teufen. Was hat er zur Behebung der Probleme rund um das Entschädigungsreglement unternommen?*

**Sittaro:** Markus Bänziger hat getan, was er in seiner Rolle tun konnte. Er hat früh auf Missstände hingewiesen.

*Hat er darüber hinaus konkrete Schritte unternommen?*

**Sittaro:** Er hat die Neuorganisation der Finanzverwaltung inklusive personeller Massnahmen durchgesetzt. Dazu gehört auch,

dass die Finanzverwaltung neu dem Präsidenten der Finanzkommission und nicht mehr dem Gemeindepräsidenten unterstellt ist.

*Tragen Martin Hofstetter und Roger Stutz als kürzlich Gewählte eine besondere Verantwortung in der Entschädigungsaffäre?*

**Sittaro:** Nein.

*Fordern Sie den Rücktritt von Gemeinderäten anderer Parteien?*

**Sittaro:** Ich fordere nichts. Ich er-

warte, dass man diese Geschichte aufarbeitet und genau hinschaut. Wo nötig, muss jeder für sich die Konsequenzen ziehen. Davon ist niemand ausgenommen: weder die FDP noch andere Parteien.

*Welcher der anderen Gemeinderäte ist von der Entschädigungsaffäre besonders betroffen?*

**Sittaro:** Ich kann mich nur auf die «Tüüfner Poscht» beziehen und überlasse es dem Leser, sich eine Meinung zu bilden.

*Reichen diese Recherchen, oder soll der Gemeinderat weitere Informationen offenlegen?*

**Sittaro:** Ob nun alles offenliegt, weiss nur der Gemeinderat. Es ist wichtig, dass alle Fakten zugänglich sind. Aus meiner Sicht hätte der Gemeinderat dies schon viel früher tun sollen. Der Gemeinderat hat jedoch nur häppchenweise informiert. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anrecht auf eine komplette Einsicht, damit sie sich eine Meinung bilden können.

*Die FDP Teufen hält an Gemeindepräsident Walter Grob fest. Wie beurteilen Sie seine Rolle?*

**Sittaro:** Ein Rücktritt von Walter Grob zum jetzigen Zeitpunkt wäre falscher Aktivismus. Es braucht nun einen Gemeindepräsidenten, der seine Verantwortung übernimmt und der mit dem Gemeinderat zusammen die Daten aufarbeitet und die entsprechenden Konsequenzen umsetzt.

*Walter Grob hat in einem Interview mit dieser Zeitung Fehler zugegeben und mangelnde Kontrolle eingeräumt. Ist er trotzdem noch tragbar?*

**Sittaro:** Aus heutiger Sicht und mit den vorliegenden Fakten: Ja. Ich finde es gut, dass er einsieht, wo seine Verantwortung liegt. Wo gearbeitet wird, passieren Fehler. Wichtig ist aber, dass einem nicht zweimal derselbe Fehler unterläuft.

*Welches sind die nächsten Schritte der FDP Teufen und der Kantonalpartei?*

**Sittaro:** Die Kantonalpartei wird gar nichts unternehmen. Das ist Sache der Ortspartei Teufen. In erster Linie ist jetzt der Gemeinderat gefordert. Jetzt muss alles auf den Tisch.

Die Appenzeller Zeitung hat Gemeinderat Oliver Hofmann um eine Stellungnahme gebeten. Er will sich nach den Ferien zur Sache äussern.

# Pauschalen und fehlerhafte Abrechnungen

**TEUFEN.** In einem Interview mit der Appenzeller Zeitung sagte Teufens Gemeindepräsident Walter Grob am Donnerstag, dass der Gemeinderat keine weiteren Veröffentlichungen plane. In der «Tüüfner Poscht» seien die Fakten offengelegt. Die Journalistin Margrith Widmer hatte Einsicht in Akten und Gemeinderatsprotokolle erhalten und ihre Recherche am 1. Oktober in der Teufner Dorfzeitung veröffentlicht.

Erwähnt ist im Artikel der Name des ehemaligen Gemeinderates **Martin Wettstein**. Dieser gehörte zwischen 2005 und 2015 dem Gremium an. Wettstein habe wöchentlich zwei bis zweieinhalb «pauschale» Stunden aufgeschrieben, schreibt die Dorfzeitung. Er erhielt 2012 für das Projekt Zeughaus 4800 Franken pro Jahr. Diese Pauschale wurde ihm auch Monate nach Abschluss der Arbeitsgruppe

überwiesen. Wettstein bekam zudem für die Arbeitsgruppe «Inventar» ebenfalls 4800 Franken, obschon gar keine Sitzung stattfand.

## Geld für Weihnachtsfeiern

Gemeinderat **Daniele Schiro** (pu) wurde 2011 gewählt. Er stellte der Gemeinde monatlich pauschal zehn Stunden in Rechnung. Involviert in die Entschädigungsaffäre ist laut der «Tüüfner Poscht» auch **Oliver Hofmann**. Der FDP-Gemeinderat verrechnet acht bis zehn pauschale Arbeitsstunden ohne Nachweis und 30 Stunden ohne Datum. Zudem schrieb Hofmann verschiedene Präsenzverpflichtungen als Arbeitszeit auf. So verrechnet er für drei Weihnachtsfeiern in Heimen je fünf Stunden sowie für die Pflichtanlässe «Tüüfner Bär», Eröffnung Zeughaus, Unicef-Label und für einen Personalanlass

drei Stunden. Für eine Besprechung mit Gemeinderätin Daniela Leirer notierte Hofmann eine Stunde, Leirer verrechnete zwei Stunden; fürs «Chäferfescht» notierte Hofmann zwei Stunden, Leirer 1,5. Für eine weitere Besprechung schrieb er eine Stunde auf; Leirer verrechnete nichts. Für eine Sitzung mit **Markus Bänziger** notierte Hofmann eine Stunde, Bänziger nichts. Die Teilnahme an der Hochzeitsfeier einer Mitarbeiterin schlug mit zwei Stunden zu Buche. Von Juni bis November 2012 schrieb er je auch Stunden pauschal auf: «Büro». Es wurden ihm 3795 Franken ausbezahlt.

## Arbeitsstag mit 90 Stunden

Vizegemeindepräsidentin **Ursula von Burg** gehört seit 2011 als Parteionabhängige dem Gremium an. Gemäss Akteneinsicht der «Tüüfner Poscht» figurieren auf ihrem Stundenrapport an

einem Arbeitstag 90 Stunden. Das wurde vom Gemeindepräsidenten visiert und zur Zahlung freigegeben. Nach Intervention der GPK stellte sich heraus: Es war ein Versehen – es hätte 0,9 Stunden heissen müssen. Von Burg musste 2673 Franken zurückerstatten.

## Ex-Gemeinderäte involviert

Bereits öffentlich bekannt war die Rolle von Gemeinderat **Martin Ruff** (pu). Gestützt auf die bisherige Praxis wurde ihm eine Ausbildungszulage ausgezahlt, was sich als Kompetenzüberschreitung der zuständigen Kommission entpuppte. Ruff zahlte den Betrag vollumfänglich zurück. Seit 2009 ist **Susanne Lindemann**, SVP-Gemeinderätin, im Amt. Sie erhielt 2012 eine pauschale Entschädigung von 2400 Franken für den Studienauftrag «Unteres Hörli». Laut der Revisionsgesellschaft BDO war

jedoch nicht ersichtlich, ob sie das Präsidium innehatte. Die Legitimation war nicht überprüfbar.

Im Artikel der «Tüüfner Poscht» erwähnt ist ferner die ehemalige, parteionabhängige Gemeinderätin **Daniela Leirer**. Diese verrechnete «allgemeine Bürozeit» pauschal, ohne Nachweis und detaillierte Arbeitsrapporte. Leirer erhielt eine Pauschale für das Präsidium, obwohl auf dem Zirkulationsweg entschieden wurde. Einmal verrechnete sie den selben Monat doppelt. Dies wurde kontrolliert, visiert und doppelt ausbezahlt. 2012 trat Jean Sacchet aus dem Gemeinderat zurück. Er erhielt jedoch noch zwei Monate nach seinem Abgang Pauschalen. Bereits im März wurde bekannt, dass die involvierten Gemeinderäte erhaltene Entschädigungen von über 50 000 Franken zurückzahlten. (red.)